

No. 21981

**FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
and
ISRAEL**

Agreement supplementing the European Convention on mutual assistance in criminal matters of 20 April 1959 and facilitating its implementation. Signed at Jerusalem on 20 July 1977

Authentic texts: German and Hebrew.

Registered by the Federal Republic of Germany on 28 June 1983.

**RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
et
ISRAËL**

Accord visant à compléter la Convention européenne d'entraide judiciaire en matière pénale du 20 avril 1959 et à faciliter son application. Signé à Jérusalem le 20 juillet 1977

Textes authentiques : allemand et hébreu.

Enregistré par la République fédérale d'Allemagne le 28 juin 1983.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

VERTRAG ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
UND DEM STAAT ISRAEL ÜBER DIE ERGÄNZUNG DES
EUROPÄISCHEN ÜBEREINKOMMENS VOM 20. APRIL 1959
ÜBER DIE RECHTSHILFE IN STRAFSACHEN UND DIE
ERLEICHTERUNG SEINER ANWENDUNG

Die Bundesrepublik Deutschland und der Staat Israel,

in dem Wunsch, die Anwendung des Europäischen Übereinkommens vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den beiden Staaten zu erleichtern und die in diesem Übereinkommen vorgesehene Regelung der Rechtshilfe in Strafsachen zu ergänzen,

haben folgendes vereinbart:

Artikel I. In diesem Vertrag wird das Europäische Übereinkommen vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen als Übereinkommen bezeichnet.

Artikel II (Zu Artikel I des Übereinkommens). Die Verpflichtung zur Rechtshilfe nach Artikel I des Übereinkommens besteht auch, soweit dies mit dem Recht des ersuchten Staates vereinbar ist

- a) in Verfahren wegen Handlungen, die nach dem Recht eines oder beider Staaten nur mit Geldbuße bedroht sind, soweit mindestens in einem der beiden Staaten ein auch für Strafsachen zuständiges Gericht angerufen werden kann;
- b) in Verfahren über Ansprüche auf Entschädigung wegen zu Unrecht erlittener Strafverfolgungsmaßnahmen;
- c) in Gnadensachen;
- d) bei Ersuchen um Zustellung von Aufforderungen zum Strafantritt oder zur Zahlung von Geldstrafen oder von Geldbußen sowie von Entscheidungen über Verfahrenskosten, wenn die Frist für den Beginn der Vollstreckung mindestens 60 Tage nach der Zustellung beträgt;
- e) bei Zivilansprüchen, die mit einer Strafklage verbunden sind, solange das für Strafsachen zuständige Gericht noch nicht endgültig über den Strafanspruch entschieden hat.

Artikel III (Zu Artikel 2 des Übereinkommens). In den Fällen des Artikels 2 Buchstabe *b* des Übereinkommens soll die Rechtshilfe nach Möglichkeit unter Auflagen oder Bedingungen gewährt werden, wenn dadurch die Beeinträchtigung der Interessen des ersuchten Staates vermieden werden kann.

Artikel IV (Zu Artikel 3 des Übereinkommens). (1) Die in Artikel 3 Absatz 1 des Übereinkommens aufgeführten Gegenstände können nur herausgegeben werden, wenn ein Beschlagnahmebeschluß der zuständigen Justizbehörde des ersuchenden Staates vorliegt. Jedoch werden Gegenstände nicht herausgegeben, die nach dem Recht des ersuchten Staates der Beschlagnahme nicht unterliegen.

(2) Rechte dritter Personen und, unbeschadet des Absatzes 3, des ersuchten Staates an den nach Artikel 3 des Übereinkommens oder nach diesem Vertrag herauszugebenden Gegenständen bleiben unberührt.

(3) Sind Gegenstände, die aus einer strafbaren Handlung herrühren, oder das durch ihre Verwertung erlangte Entgelt unter Verletzung von Zoll- oder Steuervorschriften in das Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien gelangt, so wird der um Herausgabe ersuchte Staat bei der Herausgabe der Gegenstände an den ersuchenden Staat ein Zollpfandrecht oder eine sonstige dingliche Haftung nach den Vorschriften seines Zoll- oder Steuerrechts nicht geltend machen. Dies gilt nicht, wenn der durch die strafbare Handlung geschädigte Eigentümer der Gegenstände die Abgabe selbst schuldet.

Artikel V (Zu Artikel 4 des Übereinkommens). (1) Die Anwesenheit von beteiligten Behörden und Personen bei der Vornahme von Rechtshilfehandlungen im ersuchten Staat kann gestattet werden, auch wenn dessen Recht die Anwesenheit dieser Behörden und Personen bei Untersuchungshandlungen nicht vorsieht, dies aber nach den innerstaatlichen Vorschriften des ersuchenden Staates zulässig ist.

(2) Die bei der Vornahme von Rechtshilfehandlungen anwesenden beteiligten Behörden und Personen können Fragen anregen oder Maßnahmen erbitten, die sich auf die Rechtshilfehandlungen beziehen.

(3) Die Justizbehörden des ersuchten Staates können beteiligten Personen aufgeben, sich durch einen im ersuchten Staat zugelassenen Rechtsanwalt vertreten zu lassen, wenn sie Fragen anregen oder Maßnahmen erbitten wollen.

Artikel VI (Zu Artikel 5 des Übereinkommens). Die Erledigung eines Rechtshilfeersuchens um Übermittlung von Beweisstücken, um Durchsuchung oder um Beschlagnahme von Gegenständen ist nicht davon abhängig, daß die dem Ersuchen zugrunde liegende strafbare Handlung im ersuchten Staat auslieferungsfähig ist.

Artikel VII (Zu Artikel 7 des Übereinkommens). Abgesehen von besonders dringenden Fällen müssen Ersuchen um Zustellung von Ladungen mindestens 40 Tage vor dem für das Erscheinen der geladenen Person festgesetzten Zeitpunkt der Justizbehörde des ersuchten Staates zugegangen sein, die die Zustellung der Ladung zu bewirken hat.

Artikel VIII (Zu Artikel 10 des Übereinkommens). Artikel 10 Absätze 2 und 3 des Übereinkommens findet auf alle Fälle der Ladung eines Zeugen oder Sachverständigen Anwendung, auch wenn die Voraussetzungen des Artikels 10 Absatz 1 des Übereinkommens nicht vorliegen.

Artikel IX (Zu Artikel 11 des Übereinkommens). (1) Der ersuchte Staat kann der Anwesenheit einer im Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates in Haft befindlichen Person bei der Vornahme der Rechtshilfehandlung zustimmen. Erteilt der ersuchte Staat die Zustimmung, so haben seine zuständigen Behörden die Person für die Dauer ihres Aufenthaltes im Hoheitsgebiet des ersuchten Staates in Haft zu halten oder auf andere Weise sicherzustellen, daß sie in das Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates zurückgeführt werden kann. Die Person ist ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit nach Vornahme der Rechtshilfehandlung dem ersuchenden Staat unverzüglich wieder zuzuführen, sofern dieser nicht die Freilassung verlangt.

(2) Artikel 12 des Übereinkommens findet auf die Fälle des Absatzes 1 entsprechende Anwendung.

Artikel X (Zu Artikel 14 des Übereinkommens). (1) Außer den in Artikel 14 Absatz 1 des Übereinkommens vorgesehenen Angaben sind

- a) in Ersuchen um Vernehmungen die Fragen, die an die zu vernehmenden Personen gerichtet werden sollen, in numerierter Reihenfolge möglichst genau zu formulieren.
- b) in Ersuchen um Zustellung von Verfahrensurkunden und Gerichtsentscheidungen die Art des zuzustellenden Schriftstücks sowie die Stellung des Empfängers im Verfahren zu bezeichnen.

(2) Telefonische und telegrafische Ersuchen bedürfen schriftlicher Bestätigung.

(3) Werden in dringenden Fällen auf Veranlassung von Justizbehörden Rechtshilfeersuchen von dem Bundeskriminalamt der Bundesrepublik Deutschland (Interpol Wiesbaden) oder von dem Leiter der Kriminalpolizei, Israel Police, National Headquarters, Jerusalem, gestellt, so ist außer den in Artikel 14 Absatz 1 des Übereinkommens und den im vorstehenden Absatz 1 vorgesehenen Angaben der Auftrag der Justizbehörde einschließlich des Aktenzeichens anzugeben.

Artikel XI (Zu Artikel 15 des Übereinkommens). (1) Soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt, können die Justizministerien der Länder (Landesjustizverwaltungen) der Bundesrepublik Deutschland und der Director of Courts, Administration of Courts, Jerusalem, unmittelbar miteinander verkehren. In dringenden Fällen können Doppel der ersuchen gleichzeitig von einer Justizbehörde des ersuchenden Staates an die zuständige Justizbehörde des ersuchten Staates zur Vorbereitung der Rechtshilfehandlung übermittelt werden.

(2) Ersuchen von Verwaltungsbehörden, die Zuwiderhandlungen im Sinne des Artikels II Buchstabe a verfolgen, werden auf dem in Absatz 1 vorgesehenen Weg übermittelt.

(3) Ersuchen um Übermittlung von Auskünften oder Auszügen aus dem Strafregister zu strarechtlichen Zwecken, einschließlich der Löschung von Eintragungen im Strafregister, können unmittelbar an die zuständigen Strafregisterbehörden der Vertragsparteien gerichtet werden.

(4) In den Fällen des Artikels 13 Absatz 2 des Übereinkommens findet der Schriftverkehr zwischen dem Bundesminister der Justiz der Bundesrepublik Deutschland und dem Justizminister des Staates Israel statt.

(5) Im Rahmen der jeweiligen innerstaatlichen Vorschriften kann der Rechtshilfeverkehr in strafrechtlichen Angelegenheiten, mit denen die Polizei befaßt ist, und in denen nur Auskünfte, Personenfeststellungen, Vernehmungen durch die Polizei oder Fahndungsmaßnahmen benötigt werden, unmittelbar zwischen dem Bundeskriminalamt der Bundesrepublik Deutschland (Interpol Wiesbaden) und dem Leiter der Kriminalpolizei, Israel Police, National Headquarters, Jerusalem, durchgeführt werden.

Artikel XII (Zu den Artikeln 16 und 17 des Übereinkommens). (1) Die Ersuchen und alle beigefügten und nachfolgenden Schriftstücke werden in der Sprache des ersuchenden Staates abgefaßt. Ihnen sind Übersetzungen in die englische Sprache oder in eine der amtlichen Sprachen des ersuchten Staates beizufügen. Den in Erledigung eines Rechtshilfeersuchens erstellten Schrift-

stücken braucht eine Übersetzung in die englische Sprache oder in eine der amtlichen Sprachen des ersuchenden Staates nur beigelegt zu werden, wenn dieser die Kosten der Übersetzung trägt.

(2) Schriftstücke und Urkunden, die aufgrund des Übereinkommens und dieses Vertrages übermittelt werden, bedürfen keiner Art von Beglaubigung oder Legalisation.

Artikel XIII (Zu Artikel 20 des Übereinkommens). Die durch die Herausgabe eines Gegenstandes nach Artikel IV Absatz 1 entstandenen Kosten sind vom ersuchenden Staat zu erstatten.

Artikel XIV (Zu Artikel 21 des Übereinkommens). (1) Ersucht ein Staat den anderen um Strafverfolgung eines Angehörigen dieses Staates oder einer Person, die dort ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat, wegen einer im Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates begangenen strafbaren Handlung und ist ein Strafantrag nur nach dem Recht des ersuchten Staates erforderlich, so kann er innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Frist nachgeholt werden. Die Frist beginnt mit dem Eingang des Ersuchens bei der zur Strafverfolgung zuständigen Behörde des ersuchten Staates.

(2) Dem Ersuchen werden beigelegt

- a) die Verfahrensunterlagen in Urschrift oder beglaubigter Abschrift, eine Sachverhaltsdarstellung und etwaige Beweisgegenstände sowie
- b) eine Abschrift der Strafbestimmungen, die nach dem am Tatort geltenden Recht auf die Tat anwendbar sind.

(3) Der ersuchende Staat wird so bald wie möglich von dem aufgrund des Ersuchens Veranlaßten unterrichtet. Überlassene Gegenstände sowie Verfahrensunterlagen, die in Urschrift übersandt worden sind, werden dem ersuchenden Staat nach Abschluß des Verfahrens kostenfrei zurückgegeben, sofern dieser nicht darauf verzichtet.

(4) Wurde im ersuchten Staat eine Strafverfolgung eingeleitet, so sehen die Behörden des ersuchenden Staates von weiteren Verfolgungs- oder Vollstreckungsmaßnahmen gegen den Beschuldigten wegen derselben Tat ab. Sie können jedoch die Verfolgung oder Vollstreckung fortsetzen oder wiederaufnehmen, wenn

- a) der ersuchte Staat mitteilt, daß er das Strafverfahren nicht zu Ende führen kann, insbesondere weil der Beschuldigte sich der Strafverfolgung oder der Strafvollstreckung im ersuchten Staat entzieht, oder daß er das Strafverfahren zwar abgeschlossen, aber keine Entscheidung über die dem Ersuchen zugrunde liegende Straftat dem Grunde nach getroffen hat;
- b) aus nachträglich bekannt gewordenen Gründen vor Erlass einer gerichtlichen Strafverfügung, eines gerichtlichen Strafbefehls oder eines Bußgeldbescheides oder vor Beginn der erstinstanzlichen Hauptverhandlung die ersuchende Behörde das Ersuchen um Strafverfolgung zurückgenommen hat.

(5) Die aus der Anwendung dieses Artikels entstehenden Kosten werden nicht erstattet.

Artikel XV (Zu Artikel 22 des Übereinkommens). (1) Nachrichten über Verurteilungen und nachfolgende Maßnahmen werden mindestens einmal alle

sechs Monate zwischen dem Bundesminister der Justiz der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister der Polizei des Staates Israel ausgetauscht.

(2) Auf Ersuchen übermittelt der eine Staat dem anderen Staat Abschriften strafgerichtlicher Erkenntnisse, um dem ersuchenden Staat die Prüfung zu ermöglichen, ob innerstaatliche Maßnahmen aufgrund der angeforderten Entscheidungen getroffen werden sollen. Der Schriftverkehr hierüber findet zwischen dem Bundesminister der Justiz der Bundesrepublik Deutschland und dem Justizminister des Staates Israel statt.

(3) Jede Vertragspartei kann der anderen Vertragspartei anstelle der in den Absätzen 1 und 2 bezeichneten Behörden eine andere Behörde als zuständig benennen.

Artikel XVI. Die Verfolgung einer im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei begangenen Zuwiderhandlung ist im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei auch dann zulässig, wenn der Sachverhalt in diesem Staat als Übertretung oder als Zuwiderhandlung im Sinne des Artikels II Buchstabe *a* zu würdigen ist.

Artikel XVII. Die Beurteilung, ob die einem Rechtshilfeersuchen zugrunde liegende Zuwiderhandlung verjährt ist, richtet sich nach dem Recht des ersuchenden Staates. Dies gilt nicht für Ersuchen nach Artikel 21 des Übereinkommens und Artikel XIV dieses Vertrages.

Artikel XVIII (Zu Artikel 25 des Übereinkommens). Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Staates Israel innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel XIX (Zu Artikel 29 des Übereinkommens). Kündigt eine der Vertragsparteien das Übereinkommen, so wird die Kündigung im Verhältnis zwischen den Vertragsparteien nach Ablauf einer Frist von zwei Jahren nach Eingang der Notifikation der Kündigung bei dem Generalsekretär des Europarats wirksam.

Artikel XX. (1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft, sofern in diesem Zeitpunkt das Übereinkommen für beide Parteien des vorliegenden Vertrages verbindlich ist, andernfalls zugleich mit dem Übereinkommen.

(3) Dieser Vertrag kann jederzeit schriftlich gekündigt werden; er tritt sechs Monate nach der Kündigung außer Kraft. Er tritt auch ohne besondere Kündigung in dem Zeitpunkt außer Kraft, in dem das Übereinkommen zwischen den Parteien des vorliegenden Vertrages unwirksam wird.

GESCHEHEN zu Jerusalem am 20. Juli 1977 in zwei Urschriften, jede in deutscher und hebräischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

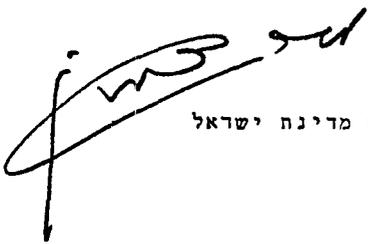
Für die Bundesrepublik Deutschland:
PER FISCHER

Für den Staat Israel:
M. DAYAN

2. הסכם זה ייכנס לתוקפו חודש ימים לאחר החלפת כתבי האישור, ובלבד שתאריך זה היתה האמנה בת-תוקף לגבי שני הצדדים להסכם זה. ובכל מקרה אחר - בד בבד עם האמנה.
3. ניחן להסחלק מהסכם זה בכל עת, בהודעה בכתב. הסכם זה יחדל להיות בן-תוקף ששה חודשים לאחר ההודעה על ההסחלקה. הסכם זה יחדל להיות בן-תוקף גם בלא הודעה מיוחדת, מן העת שהאמנה נחדל אף היא לעמוד בתוקפה בין הצדדים להסכם זה.

נעשה בירושלים ביום ה' ט"ב תשל"ז הוא יום 20 יולי 1977

בשני עוחקי מקור, כל אחד בשפה הגרמנית ובשפה העברית, ולשני הנוסחים דין מקור במידה שווה.



בשם ממשלה מדינת ישראל



בשם ממשלה הרפובליקה הפדרלית של גרמניה

סעיף 16

חביעה על עבירה שנעברה בחחמו של אחד הצדדים להסכם, מותרת בחחום שפוטו של הצד האחר להסכם, גם אם הנסיבות העובדתיות יש לראותן במדינה האחרונה כחטא או כהפרת חוק במשמע סעיף 2(א).

סעיף 17

ההחלטה, אם הפרת החוק הכשמשת נושא לעחירה לעזרה ממפטיח החיישנה, ההיה לפי דיני המדינה המבקשת. דין זה אינו חל לגבי עחירות לפי סעיף 21 לאמנה ולפי סעיף 14 להסכם זה.

סעיף 18

(לסעיף 25 של האמנה)

הסכם זה חל גם על הלנד בולין, אלא אם כן חמסור ממשלת הרפובליקה הפודלית של גרמניה לכמשלת ישראל הודעה נוגדת לכך, חוך שלושה חודשים מיום חחילתו של הסכם זה.

סעיף 19

(לסעיף 29 של האמנה)

הסחלק אחד הצדדים של האמנה, חהא ההסתלקוח בח-פועל, בין הצדדים להסכם, כעבור חקופה של שנתיים לאחר החאריך שבו קיבל המזכיר הכללי של מועצח אירופה הודעה על ההסתלקוח.

סעיף 20

1. הסכם זה טעון אישרור; כחבי האישרור יוחלפו בהקדם האפשרי בבוך.

.4

הוגשה תביעה פלילית במדינה המתבקשת, יימנעו רשויות במדינה המבקשת מאמצעי תביעה או אמצעי אכיפה לגבי הנאשם, בשל אותו מעשה. אולם רשויות אלה יוכלו להמשיך בתביעה או באכיפה כאסור, או לשוב ולהזרק להן אם :

(א) הודיעה המדינה המבקשת כי לא ניתן לסיים את הדיון הפלילי, במיוחד מחמת שהנאשם נעלם מידי החביעה הפלילית, או האכיפה הפלילית, או כי הדיון הפלילי אכן הסתיים אולם שום החלטה לא נתקבלה לגופה של העבירה המשמשת נושא לעחידה;

(ב) נטלה הרשות המבקשת בחזרה את העחירה להגשת הליכים פליליים מסיבות שנודעו לאחר מכן, לפני הוצאת החלטת הענישה, או צו ענישה, על ידי בית המשפט, או החלטה בדבר דמי כוטר או לפני התחלת הדיון בפני ביח משפט של ערכאה ראשונה.

.5 ההוצאות שנגרמו בביצועו של סעיף זה - לא יוחזרו.

סעיף 15

(לסעיף 22 של האמנה)

.1

ידיעות על הרשעות ועל אמצעים שלאחר מכן, יוחלפו, כל ששה חודשים, לפחות, בין מיניסטר המשפטים הפדרלי של הרפובליקה הפדרלית של גרמניה ובין שר המשטרה של מדינת ישראל.

.2

מדינה חמסור לרעותה, לפי בקשה, העתקים מהחלטת בתי משפט פליליים כדי לאפשר למדינה המבקשת לבדוק אם יש לנקוט באמצעים בחובה על סמך ההחלטה המבוקשת. ההתכתבות על כך תיעשה בין מיניסטר המשפטים הפדרלי של הרפובליקה הפדרלית של גרמניה ובין שר המשפטים של מדינת ישראל.

.3

כל צד להסכם זה יוכל להודיע לרעהו על רשות אחרת כרשות מוסמכת במקום הרשיות האמורות בסעיפים 1 ו-2.

עחירה לעזרה משפטית יש לצרף תרגום לשפה האנגלית, או לאחת מן השפות הרשמיות של המדינה המבקשת, רק אם זו האחרונה תישא בהוצאות התרגום.

2. מסמכים וחעודות המועברים על סמך האמנה והסכם זה אינם טעונים אימות או אישור.

¹ סעיף 13

(לסעיף 20 של האמנה)

סעיף 14

(לסעיף 21 של האמנה)

1. מקום שמדינה אחת מבקשת מרעותה ליטול על עצמה את הגשת התביעה פלילית נגד אזרחי של המדינה האחרונה, או נגד אדם שהוא תושב רגיל במדינה זו, בשל עבירה פלילית שנעברה בתחום שיפומה של המדינה המבקשת, ודרושה בדרישת ענישה רק לפי דיני המדינה המתבקשת, ניתן לשוב ולהגיש אותה תוך התקופה הקבועה בחוק. תקופה זו תתחיל במועד שבו תקבל הרשות המוסמכת להגשת התביעה של המדינה המבקשת את העתירה הנדרשת.
2. לעתירה יצורפו:
- (א) מסמכי ההליך המשפטי, במקור או בהעתק מאומת, תאור הנסיבות העובדתיות, מוצגי ראיות, מקום שהללו קיימים, וכן
- (ב) העתק מן ההוראות בדין הפלילי שאפשר להחילן לגבי המעשה לפי הדינים העומדים בתוקפם במקום העבירה.
3. יש להודיע למדינה המבקשת, בהקדם האפשרי, את שנעשה על סמך העתירה. חפצים שנמסרו, וכן מסמכי ההליך המשפטי שהועברו במקורם, יוחזרו למדינה המבקשת, לאחר סיום ההליכים, ללא הוצאות, ככל שזו האחרונה אינה מורתת עליהם.

¹ The Government of the Federal Republic of Germany informed the Secretariat that the text of article 13 was missing in the authentic copy of the Agreement and that an amendment of the Hebrew text of the Agreement to include article 13 will be effected by an exchange of notes — Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne a informé le Secrétariat que le texte de l'article 13 manque dans la copie authentique de l'Accord et qu'une modification du texte hébreu, à savoir, inclure l'article 13, sera effectuée par un échange de notes.

סעיף 11

(לסעיף 15 של האמנה)

1. ככל שהסכם זה אינו קובע אחרת, יוכלו מינסטריוני המשפטים של המדינות הגרמניות (Landesjustizverwaltungen), שברפובליקה הפדרלית של גרמניה ומנהל בחי המשפט, הנהלה בחי המשפט בירושלים, להתקשר במישרין האחד עם משנהו. במקרים דחופים, ניתן להעביר בד בבד כפל של העחירה מרשות משפטית של המדינה המבקשת אל הרשות המשפטית המוסמכת של המדינה המבקשת, לשם הכנת ביצועה של העזרה המשפטית.
2. עתירות מנהליות, שנושאייהן עבירות במטמע סעיף 2(א) יועברו בדרך הנזכרת בסעיף קטן (1).
3. עתירות להעברת מידע או חמציות ממרשם העבירות, לצרכי ענין פלילי, לרבות ביטול רשום במרשם העבירות, ניתן להפנותן במישרין לרשויות המוסמכות של הצדדים להסכם, המנהלות את הרשומות הנידונות.
4. במקרים שסעיף 13(2) של האמנה חל עליהם, היעשה התחובת בין מיניסטר המשפטים הפדרלי של הרפובליקה הפדרלית של גרמניה ובין שר המשפטים של מדינת ישראל.
5. במסגרת ההוראות המשפטיות הפנימיות העומדות בתוקפן, ניתן לכצע במישרין אח הליכי העזרה המשפטית בענינים פליליים הנחונים לטיפול של המשטרה, שבהט נזקקים למידע, לזיהוי בני אדם, לחקירות על ירי המשטרה או לחיפושים בלד, בין המשרד הפדרלי הפלילי של הרפובליקה הפדרלית של גרמניה (אינטרפול בוויסבדן) ובין ראש המשטרה הפלילית של משטרת ישראל, המטה הארצי, ירושלים.

סעיף 12

(לסעיפים 16 ו-17 של האמנה)

1. העתירות, וכל המסמכים הנספחים והבאים בעקבותיהן, ינוסחו בשפה המדינה הכבשת. אלאו יצורפו תרגומים לשפה האנגלית, או לאחת מן השפות הרשמיות של המדינה המבקשת. למסמכים שנערכו בקיום

סעיף 9

(לסעיף 11 של האמנה)

1. המדינה המתבקשת רשאית להסכים, בביצוע הליכי העזרה המשפטית, לנוכחותו של אדם הנמצא במשמורת בחוץ המדינה המבקשת. הסכימה לכך המדינה המתבקשת, יחזיקו הרשויות המוסמכות את האדם הנזכר במשמורת משך תקופה שהייתו בחוץ שפוטה של המדינה המתבקשת, או יבטיחו, בכל דרך אחרת, כי ניתן יהא להחזירו לתחום המדינה המבקשת. האדם הנזכר יוחזר כך, למדינה המבקשת, בלא החשבות באזרחותו, וללא דיחוי, לאחר ביצוע הליכי העזרה המשפטית, אם המדינה המבקשת לא תבעה את שחרורו.
2. סעיף 12 לאמנה יחול לגבי המקרים הנידונים בסעיף קטן 1 לעיל, בשינויים המחוייבים.

סעיף 10

(לסעיף 14 של האמנה)

1. נוסף לפרטים הנזכרים בסעיף 14(1) של האמנה:
 - (א) ינוסחו בעתירות לחיקור דין השאלות שיוצגו לפני האדם שיחקר לפי מספר סידורי, בכל האפשר בדייקנות ולפי סדר ממוספר.
 - (ב) יצויינו בעתירות להמצאתם של מסמכים הנוגעים לדיון ושל החלטות בתי משפט - יצויינו סוג המסמך שיש להמציאו, וכן מעמדו של הנמען בהליכים.
2. עתירות בדרך הטלפון והטלגרף טעונוה אישור בכחב.
3. במקרים דחופים, מקום שהכשרד הפדרלי הפלילי של הרפובליקה הפדרלית של גרמניה (אינטרפול הוויסבדן), או ראש המשטרה הפלילית של משטרת ישראל, המטה הארצי, ירושלים, מגישים, לפי יזמה רשויות משפטיות, עתירות לעזרה משפטית, יש לציין, נוסף לפרטים הנזכרים בסעיף 14(1) לאמנה, ובסעיף קטן 1 של סעיף זה, את הוראת הרשות המשפטית, לרבות מספר החיק.

סעיף 5

(לסעיף 4 של האמנה)

1. הרשויות ובני האדם הנוגעים בדבר מותר להם לנכוח בביצוע הליכי העזרה המשפטית במדינה המבקשת, גם אם בדיניה של מדינה זו אין הוראה בדבר נוכחותם של רשויות ובני אדם אלה אך דיניה המוניציפאליים של המדינה המבקשת מחירים זאת.
2. הרשויות ובני האדם הנוגעים בדבר הנוכחים בביצוע הליכי עזרה משפטית, יורשו ליזום שאלות או לבקש נקיטת צעדים הקשורים בהליכים אלה.
3. הרשויות המשפטיות של המדינה המבקשת יוכלו להורות לבני אדם הנוגעים בדבר להיות מיוצגים על ידי עורך דין, מוסמך במדינה המבקשת, אם בכוונתם של הנוגעים בדבר ליזום שאלות, או לבקש נקיטת צעדים.

סעיף 6

(לסעיף 5 של האמנה)

מילוייה של עחירה לעזרה משפטית למסור מוצגי ראיות, לערוך חיפוש או לתפוס חפצים, אינה מותנית בכך שהעבירה שבגינה מבוקשת העזרה המשפטית האמורה היא בת הסגרה.

סעיף 7

(לסעיף 7 של האמנה)

למעט מקרים בעלי אופי זחוף במיוחד, מן ההכרח שעחירות להמצאת הזמנות יתקבלו ברשות השיפוטית של המדינה המבקשת שעליה לבצע את המצאת ההזמנה, לפחות ארבעים יום לפני המועד שנקבע להתייצבותו של האדם המוזמן.

סעיף 8

(לסעיף 10 של האמנה)

סעיף 10, סעיף קטן 2 ו-3 של האמנה, יחול בכל מקרה של הזמנת עד או מומחה, גם אם תנאי סעיף קטן 1 לסעיף 10 של האמנה לא נתקיימו.

- (ג) מקרי הנינה;
- (ד) בקשות להכצאת צו לריצוי עונש, או לחשלוט קנסות או דמי כופר, וכך המצאת החלטות בדבר הוצאות הקשורות בהליכים, ובלבד שמועד החלת הביצוע, יהא, לפחות, ששים יום לאחר ההמצאה כאמור;
- (ה) תביעות אזרחיות הקשורות בתביעה פלילית, כל עוד בית המשפט המוסמך לעניינים פליליים טרם החליט בעילה הפלילית.

סעיף 3

(לסעיף 2 של האמנה)

במקרים הנדונים בסעיף 2(ב) של האמנה, חונתן העזרה המשפטית, במידה האפשר, כשהיא מוחנית במילוי חיובים או הנאים, אם יש בכך כדי למנוע נגיעה בענייניה של המדינה המתבקשת.

סעיף 4

(לסעיף 3 של האמנה)

1. החפצים הנזכרים בסעיף 3(1) לאמנה, אפשר למוסרם רק אם קיים צו תפיסה שהוצא על ידי הרשות המשפטית המוסמכת של המדינה המבקשת. אולם חפצים שאינם בני תפיסה לפי דיני המדינה המתבקשת - לא יימסרו.
2. זכויותיו של צד שלישי, ועל אף האמור בסעיף קטן 3, זכויותיה של המדינה המתבקשת, בחפצים שיש למוסרם לפי סעיף 3 לאמנה, או לפי הסכם זה, לא ייפגעו.
3. הגיעו חפצים שמקורם בעבירה פלילית, או התמורה שהושגה על ידי מימושם לתחום שפוטו של אחד מבעלי ההסכם מתוך הפרתן של הוראות המכס או המסים, לא תחבע המדינה המבקשת למסרם, בעת מסירת החפצים למדינה המבקשת, זכות משכון של המס, או זכות תפיסת אחרת, לפי הוראות דיני המכס או המס אשר לה. הוראה זו לא תחול מקום שבעל החפץ אשר ניזוק בעבירה הפלילית חייב בעצמו בחשלוט החובה.

[HEBREW TEXT — TEXTE HÉBREU]

ה ס כ ם

בין הרפובליקה הפדרלית של גרמניה

ובין מדינת ישראל

להשלמתה ולהקלת החלטה של האמנה האירופית

בדבר עזרה משפטית בענינים פליליים

מיום 20 באפריל, 1959

הרפובליקה הפדרלית של גרמניה ומדינת ישראל,

ברצותן להקל על החלטה של האמנה האירופית בדבר עזרה הדרת בענינים פליליים, מיום 20 באפריל 1959, ביחסים שבין שתי המדינות, ולהשלים את הסדרי העזרה המשפטית בענינים פליליים, כפי שנקבעו באמנה זו, הסכימו ביניהן כלהלן:

סעיף 1

בהסכם זה תאוזכר האכנה האירופית בדבר עזרה הדרת בענינים פליליים, מיום 20 באפריל 1959, כ"האמנה".

סעיף 2

(סעיף 1 של האמנה)

ההתחייבות למהן עזרה משפטית בהחאס לסעיף 1 לאכנה חחול, ככל שהדבר מהיישב עם דיני המדינה המבקשה, גם על:

(א) הליכים עקב כעשים, שלפי דיניה של אחת מבעלות ההסכם או של שחיהן, נעשים עליהט בכופר בלבד, במידה שלפחות באחת מהן ניהן להגישם להחלטה לפני בית המשפט המוסמך גם לענינים פליליים;

(ב) הליכים לענין חביעון פיצויים בשל הליכים פליליים שנעשו שלא

כדין;